

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/2, durch die Post und durch Geldbestellungen zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf., Postzusatz 10 Pf.

Insertionsgebühren: Beständig für die erste Spalte 20 Pfennige, für Beleg- und Veranlagungs-Belegungen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in den Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 286.

Mittwoch, den 7. Dezember 1898.

9. Jahrgang

## Politische Uebersicht.

### Die Thronrede

zur Eröffnung des Reichstags ist sehr lang. Sie beschäftigt im Wesentlichen die Mittheilungen, die die Zeitungen über die zu erwartenden Gesetzesvorlagen seit Wochen gebracht haben. Im Mittelpunkt des Interesses stehen, wie selbstverständlich, das sogenannte Zuchthausgesetz, das hier unter dem Titel eines Gesetzentwurfs zum Schutze der gewerblichen Arbeitsverhältnisse erscheint, und die neuen großen Militärforderungen, die die Thronrede selbst als besonders hoch erkennen läßt.

Der Passus über die „Zuchthausvorlage“ lautet: „Der weitere Ausbau der sozialen Gesetzgebung liegt den Verbänden der Regierungen nach wie vor am Herzen. Auf diesem Gebiete wird Ihnen mit einem die Gesetzgebung zugewandt, der den Mangel der Sozialversicherung und Altersversicherung in wesentlichen Beziehungen abzuheben sucht.“

Durch eine Novelle zur Gewerbeordnung soll der den gewerblichen Arbeitern bereits gewährte Schutz vor Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit auf die Gehilfen und Lehrlinge im Handelsgewerbe ausgedehnt und gleichzeitig Mißständen gesteuert werden, welche sich namentlich in der Konfektionsindustrie geltend machen.

Eine besondere Vorlage schlägt Ihnen vor, die Zulassung von Beauftragten zur Vertretung der Parteien im parlamentarischen Verfahren gesetzlich zu regeln.

Der Terrorismus, durch den Arbeitswille an der Fortsetzung oder Annahme von Arbeit gehindert werden, hat einen gemeinschaftlichen Umfang angenommen. Das den Arbeitern gewährte Koalitionsrecht, welches unangefastet bleiben soll, darf nicht dazu mißbraucht werden, das höhere Recht, zu arbeiten und von der Arbeit zu leben, durch Einschüchterung oder Drohung zu verweigern. Hier die persönliche Freiheit und Selbstbestimmung nachdrücklich zu schützen, ist nach meiner und meiner hohen Verbände Ueberzeugung die unabweisbare Pflicht der Staatsgewalt. Hierzu reichen aber die bestehenden Strafvorschriften nicht aus; sie bedürfen deshalb der Erweiterung und Ergänzung. Diefem Zwecke entspricht ein Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, welchem Sie, wie ich zuversichtlich erwarte, Ihre Zustimmung nicht versagen werden.“

Ueber die geplanten Militärforderungen wird gesagt:

„Der Reichshaushaltplan sieht neben dem Aufwande für die Aenderungen der Heeresorganisation reichliche Mittel vor für weitere Verbesserungen der Lage zahlreicher Klassen von unteren und mittleren Beamten, sowie für die Förderung allgemeiner wirtschaftlicher Interessen, insbesondere in den Kolonien. Wenn in Folge dessen zur Herstellung des Gleichgewichts in höherem Maße als in den letzten Jahren auf Anleihe zurückgegriffen werden muß, so ist doch bei der ungewöhnlichen Höhe der einmaligen Ausgaben zu erwarten, daß solche in auch nur annähernd so hohen Beträgen nicht wiederkehren werden, und daß mithin die Nothwendigkeit einer stärkeren Anspannung des Credits nur vorübergehend sein wird.“

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ablauf des zur Zeit für die Friedenspräparanden des deutschen Heeres gültigen Gesetzes werden Ihnen zwei Gesetzesvorlagen zugehen, welche den Zweck verfolgen, wesentliche Mängel unseres Heerwesens zu beseitigen. Mit dem Anmarsche der Armees hat die Schaffung der Kommandostellen nicht überall gleichen Schritt gehalten, und es bedarf an einigen Stellen einer anderweitigen, die Entlohnung der Führer mehr gewöhnlichen Gehältern der vorstehenden Verbände, auch ist bei einzelnen Waffengattungen, um den im Ernstfälle zu stellenden Anforderungen und den Fortschritten der Technik gerecht werden zu können, eine Vervollständigung der Organisation nicht länger aufschobbar. Hierbei soll der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reichs durch allmähliche Durchführung der notwendigen Aenderungen Rechnung getragen werden. Ich vertraue, daß Sie sich von der dringenden Nothwendigkeit der Vorlage der Verbänden Regierungen überzeugen und durch die Bewilligung der erforderlichen Mittel der Armees die Erfüllung ihrer hohen Aufgabe, ein zuverlässiger Schutz des Friedens und des Vaterlandes zu sein, auch in Zukunft ermöglicht werden.

## Beim Kommiss.

Zwei Jahre Volks-Erziehung

von D. Eugen Hoffmann.

82)

„So eine Unmännlichkeit!“ schnauzte er auf dem Bureau umher. „Wie können sich die Kerle nur mit den alten schmutzigen Weibern einlassen, wie sie sich da Abends vor der Kaserne rumtreiben? Hui Teufel! Ich möchte sie nicht mit der Feuerzange anfassen.“ Feldwebel, das muß den Leuten abgewöhnt werden.“

Der Feldwebel lächelte fein. „Herr Hauptmann, die Leute sind zwanzig Jahre alt.“

Der Alte blieb mit einem Stuch mitten in der Stube stehen, bog den Oberkörper zurück und ließ seine Feuerzange im Spiel, wie jedesmal, wenn er etwas Besonderes herauszusprechen im Begriffe war. „Er maifästert“, nannte das der Feldwebel. Und nun kam es richtig:

„Dann sollen sie sich wenigstens an anständige Mädels halten. Zum Donnerwetter, ein preussischer Soldat wird doch ein Bürgermädchen mit Hausschlüssel finden!“

Der Hauptmann war selbst Junggeselle und sein Barzche wußte die ergößlichsten Stückelein zu erzählen.

Am nächsten Morgen war Kirchgang mit Kommanant. Adolf hat den Hauptmann, zurückzuführen zu dürfen. Der Alte machte sein wildes Gesicht und seine größten Augen.

„Müller“, sagte er, „Sie drücken sich immer vom Kirchgang. Das hab' ich längst gemerkt. Aber das geht nicht. Kirchgang ist Dienst nach guter, alter, preussischer Sitte. Außerdem sieht es dem Soldaten wohl an, mit seinem Herrgott Frieden zu machen.“ — Und nach einer Weile des Nachdenkens: „Haben Sie denn etwas sehr Nötziges zu thun?“

Der Voranschlag für die Marine ist durch das Flottengesetz vorgezeichnet und hält sich im Rahmen desselben.“

Die Thronrede kündigt dann ein Bankgesetz, ein Gesetz über die Fleischbeschau, über das Postwesen, insbesondere die Beseitigung der Privatpost und ein Gesetz über die Benutzung öffentlicher Wege durch die Telegraphenverwaltung an.

Dann heißt es weiter: „Die Beziehungen Deutschlands zu allen auswärtigen Mächten sind unverändert freundlich. In meinem Theile mit beizutragen zur Aufrechterhaltung und immer größeren Festigung des Weltfriedens, ist das vornehmste Ziel meiner Politik. Mit warmer Theilnahme habe ich deshalb die hochherzige Anregung meines theuren Freundes, Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, zu dem Zusammentritte einer internationalen Konferenz begrüßt, welche dem Frieden und der bestehenden Ordnung der Dinge zu dienen bestimmt ist. Die auf der Konferenz zu Tage tretenden Vorschläge, welche jenen edlen Zweck zu fördern geeignet erscheinen, sind von Seiten meiner Regierung sympathischer Aufnahme gewiß und werden von ihr sorgfältig geprüft und behandelt werden.“

Mit tiefem Schmerze und Abscheu gebe ich des hochwürdigen Verbrechens, das meinem treuen Bundesgenossen, Sr. Majestät dem Kaiser und Könige Franz Joseph, die erlauchte Gemahlin jah entzogen hat. Die ruchlose That, die ganz Deutschland, Fürsten und Volk, andauernd mit innigem Mitleid erfüllt, hat der Regierung Sr. Majestät des Königs von Italien eine Verletzung wirksamer Maßregeln gegen die anarcho-sowjetische Propaganda geboten erscheinen lassen und ihr Veranlassung zur Einberufung einer Konferenz gegeben. Die Bereitwilligkeit, mit welcher dieser dankenswerthen Einladung allerseits entsprochen worden ist, berechtigt zu der Zuversicht, daß ein richtiges Gleichmaß zwischen Rechten und Pflichten als unerlässliches Erforderniß für die gedeihliche Entwicklung der internationalen Beziehungen nicht nur theoretisch von Neuem anerkannt, sondern auch durch praktisch brauchbare Schlussfolgerungen bestätigt werden wird.“

Ueber Kolonialangelegenheiten äußert sich die Thronrede folgendermaßen:

„Die deutschen Kolonien befinden sich in gebellicher Entwicklung, den ruhestehenden Unternehmungen feindlicher Stämme sind meine Schutztruppen in Ost- und Westafrika siegreich begegnet. Mit der Neu-Guinea Kompagnie ist wegen Uebernahme ihres Schutzgebietes auf das Reich ein Vertrag abgeschlossen worden, welcher Ihnen zur Genehmigung vorgelegt werden wird. In Kiautschau sind die ersten Schritte zur wirtschaftlichen Entwicklung des Schutzgebietes gethan. Die Grenze ist im Einvernehmen mit der chinesischen Regierung endgültig festgesetzt, der Freihafen ist eröffnet worden, die Hafenbauten sind in Angriff genommen und der Beginn des Eisenbahnbau nach dem Hinterlande steht für die nächste Zukunft bevor.“

Gestützt auf die bestehenden älteren Verträge, wie auf die durch den deutsch-chinesischen Vertrag vom 8. März d. J. neu erworbenen Rechte, wird meine Regierung, unter gewissenhafter Achtung der wohlverordneten Rechte dritter Staaten, auch in Zukunft bestrebt sein, die von Jahr zu Jahr gewichtiger werdenden wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit China weiter zu entwickeln und den deutschen Reichsangehörigen den vollen, ihnen gebührenden Antheil an der wirtschaftlichen Erschließung des fernem Orients zu sichern.“

Schließlich erörtert die Thronrede die Palästinafrage des Kaisers und seiner Gemahlin und schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der kaiserliche Aufenthalt im türkischen Reich dem deutschen Namen und den deutschen nationalen Interessen zu bleibendem Vortheil und Segen gereichen möge.

Wie die sog. Zuchthausvorlage, die uns am wichtigsten erscheint, im einzelnen aussehen wird, werden wir ja halb erfahren. Der Wortlaut der Rede zeigt aber, daß sie dem arbeitenden Volke die Gefährdung eines Rechtes besichert, das im vollsten Maße gewahrt werden muß. Dem Versprechen, das Koalitionsrecht zu wahren, steht die Ankündigung gegenüber, einen gemeingefährlichen Terrorismus unschädlich machen zu wollen, dessen Existenz das arbeitende Volk einerseits nicht anerkennt, dem andererseits, wenn er bestände, mit

den bestehenden Gesetzen in vollem Umfange begegnet werden könnte. Die Zuchthausvorlage wird also auch unter ihrem neuen Titel die Bestärkungen der Freunde einer gesunden Entwicklung der Arbeitsverhältnisse nicht verkümmern.

Hand in Hand mit dieser Vorlage, die der vollgiltige Ausdruck für die Sozialpolitik des neuen Kurses ist, geht die neue Militärvorlage, die ungewöhnlich hohe Ausgaben, d. h. neue schwere Lasten verheißt. Auf der einen Seite wird die Friedenspolitik des Jaren gepriesen, auf der anderen die Nothwendigkeit neuer Militäraufgaben gefordert.

Die Sozialdemokratie wird im Reichstag geschlossen, unerschütterlich fest, in dem Sinne zu den beiden Vorlagen Stellung nehmen, der für sie selbstverständlich, und entschiedenen Widerstand leisten gegen alle gegen die Arbeiter gerichteten Gesetze und gegen die neuen Forderungen des Militarismus, dem sie den Kampf angelegt hat.

Nicht minder entschieden wird sie Front zu machen haben gegen die Weltmachtspolitik, deren Geist aus der kaiserlichen Rede spricht.

Die Sozialdemokratie steht den Kämpfen, die der Reichstag auszufechten haben wird, mit voller Ruhe entgegen. Sie sieht schwere Kämpfe voraus und weiß, daß sie sie bestehen wird wie bisher. Sie hat sich behauptet trotz aller Verfolgung und hat die Gewißheit, daß sie zu ihren Zielen kommt, trotz aller Konferenzen und trotz aller Gesetze, die die Freiheiten des Volkes einschnüren wollen.“

### Die Eröffnung des Reichstags.

Der Reichstag ist gestern eröffnet worden. In Scharen strömten um die festgesetzte Stunde die Herren Volksvertreter nach dem Reichstagsgebäude am Königsplatz und in der großen Wandelhalle herrschte bald reges Leben und Treiben. Gar viele neue Gesichter waren zu bemerken, auch viele, die früheren Legislaturperioden angehört, die letzten fünf Jahre aber pausirt haben und neu wiedergewählt sind. Die neuen Männer waren leicht herauszuerkennen an einer gewissen Hilfslosigkeit, mit der sie sich in den ihnen noch unbekanntem Räumen bewegten. Der eine suchte die Garderobe, der andere das Gese- oder Postzimmer, der dritte wollte sich zuerst über die Restaurationsverhältnisse im neuen Saal informieren. Hoffentlich findet er sie gut und nimmt daraus den Anlaß, die Sitzungen häufig mit seiner Gegenwart zu beehren und hilft dadurch an seinem Theile, die in der letzten Session chronisch gewordene Beschlußunfähigkeit aus der Welt zu schaffen. Die Neulinge unterrichteten sich weiter über die Lage der Rathungszimmer ihrer Fraktionen und die „Alten“ hatten alle Hände voll zu thun, die neuen Kollegen in die Abgeordnetenmysterien einzuzweihen.

Sehr herzlich gestaltete sich natürlich die Begrüßung unter den Angehörigen unserer Fraktion. Von einer Vorstellung, wie das in sehr vielen Fällen in anderen Parteibildungen geschah, konnte bei uns föhlich abgesehen werden. Auch unsere neuen Männer sind alte bewährte Parteigenossen, die bei unserm regen Partieleben auch von den alten Fraktionsmitgliedern föhentlich persönlich getannt sind. Wir haben jetzt 58 Abgeordnete, 21 davon sind neue Mitglieder der Fraktion, denn 13 Mitglieder der alten Fraktion gehören diesem Reichstage nicht mehr an. Ein ähnliches Verhältniß greift übrigens auch bei den übrigen Fraktionen Platz. Der Reichstag bietet also ein stark verändertes Aussehen.

Als das Glockenzeichen zum Beginn der Sitzung erkante und Alles nach dem Sitzungssaale strömte, gab es gar große

„Jawohl, Herr Hauptmann. Die Schließbücher müssen morgen früh abgeliefert werden.“

„Na — dann bleiben Sie meinethwegen heute noch einmal zurück! Aber es ist das letzte Mal. Es schadet Ihnen auch nichts, wenn Sie sich mal ins Gewissen reden lassen. Das schadet uns Allen nichts.“

Als die Kompagnie zurück kam, kochte der Hauptmann vor Wuth. Er fauchte im Bureau umher, wie ein wildes Thier in seinem Käfig und stieß ruckweise die stärksten Barmwünschungen aus.

„Unverschämter Pfaffe! — Der Kerl hat natürlich nicht gebient. Sonst wüßte er, daß das nicht geht, daß das die Disziplin untergräbt.“

Nachher erfuhr Adolf vom Feldwebel Alles. Der junge, unerfahrene Prediger war unklug genug gewesen, in seiner Beichtrede nicht nur die Untergebenen, sondern auch die Vorgesetzten auf ihre mannigfachen kleinen Pflichtenversummisse und Uebertretungen hinzuweisen und sie zur Einkehr in sich selbst aufzufordern. — Er selbst hatte den Schaden davon. Auf eine Eingabe des Offizierkorps an das Konfessorium erhielt der junge Mann eine tüchtige Nase und durfte nicht wieder als Geistlicher für die Garnison fungiren.

### XVII.

Es ist merkwürdig, wie schlecht man beim Militär auf die Schulmeister zu sprechen ist; geradezu komisch ist das. Aber es hat seinen guten Grund. Es ist nicht bios deshalb, weil man den Pädagogen den Sieg bei Königgrätz mitgibt, den sie sich nun nicht mehr abstreiten lassen; die Quelle dieser Antipathie liegt tiefer: die Schule und das Heer sind Nebenbuhler, Konkurrenten in dem Geschäft der Volkserziehung. Und je nachdrücklicher sich der Schulmeister auf sein Amt des Erziehers besinnt, das er über dem des Sumpftüfers so lange

vernachlässigt hat, desto mehr erregt er den Grimm seiner Kollegen im bunten Rod. Daß die Rathgebermänner aus gar anfangen, sich zu den Gebildeten zu zählen und sogar von Anderen dazu gezählt werden, das geht den Pädagogen des Exerzierplatzes über die Gutschnur. Auch das ist sehr bezeichnend. Man hält's beim Kommiss noch mit der alten Vernehmungsmethode. Der Stuch ist zwar verschwunden, aber sein Geist geht noch um. Nicht die Persönlichkeit des Erziehers ist die Autorität, sondern die Uniform, die er trägt; nicht die menschliche Eigenart des Lehrers ist es, die den Schüler mit weichen, warmen Armen zu sich heranzieht und dann mit sich emporhebt, sondern der eiserne Zwang ist es, das Körperlose und geistlose Maß, das unerbittlich lebendigen Geist in todte Formen preßt. Um so gefährlicher ist es, wenn aus dem Galsfragen der Uniform plötzlich einmal der Mensch herausguckt, wenn zwischen den schwarzen Buchstaben des „Du sollst“ das flüchtige bunte „Ich will“ hindurchscheint.

Wenn der Hauptmann von Krihow geahnt hätte, welche Verheerungen seine Nebenart von dem „Bürgermädchen mit Hausschlüssel“ in den stilllichen Bezirken seiner Untergebenen angerichtet hatte! Die konservativen Institutionen, wie Jungfräulichkeit, Ehe, Familie, waren seitdem der Phantastie der zweiten Kompagnie nicht mehr heilig. Die heilige Liebe hatte in der Theorie hundert Anhänger mehr gewonnen.

Wenn der Feldwebel des Abends „losgegangen“ war, lag Adolf oft im Bureau auf seinem Bett, rauchte und träumte. Durch die bürne Wand hörte er nebenan die Feldwebelfrau in ihrer Küche hantiren und dazu leise vor sich hin fluchen. Das Weib war eigentlich immer von einer trübseligen Lustigkeit. Als ob sie ihres Mannes Kommanant gar nicht mißföhlte. Aber eine häßliche Stimme hatte sie, so weich und süß, so einschmeichelnd und verführerisch — es war überhaupt ein Bruchweib.

(Fortsetzung folgt.)

Verwirrung beim Ausschuss der Plätze, deren jeder mit dem Namen eines Abgeordneten bezeichnet ist. Durch das Anwachsen der sozialdemokratischen Partei — auch die Linke hat ja ein Paar Sitze gewonnen — ist eine Verschiebung der Plätze notwendig geworden. Unsere Parteigenossen rücken auf Plätze vor, die früher noch vom Freisinn eingenommen wurden und so geht die wellenförmige Verschiebung nach rechts fort. Die Führer haben natürlich ihre alten Sitze befestigt, zwei alte Führer stellen freilich, die nationalliberalen Bennigsen und Hammacher, auf ihren Plätzen sah man zwei neue Herren, einen Dr. Lehr, den Vorsitzenden des Württembergischen Vaterlandes und den Abgeordneten für Württemberg, Franz, der den Zentrumsmann Fuchs dort aus dem Felde geschlagen hat. Ob diese Besetzung der „historischen Vorderplätze“ aber entgültig ist, darf wohl bezweifelt werden. Es herrschte ja im Allgemeinen ein seltsames Schweben, daß aber die neue Anordnung in den Plätzen vorläufig nichts Sicheres gesagt werden kann. Immerhin fielen einige neuwählte Abgeordnete schon heute auf. Von unseren Parteigenossen waren u. A. schon die neuwählten Abgeordneten Hyster, Sed, Rosenau, Heine, Herzfeld, Antrid, Kröner, Ehrhardt, Pfamkuch, Hoch und Raden anwesend, Dr. Stadnauer vor ein Erscheinen durch Krankheit verhindert. Unter den süddeutschen Volksparteilern fiel der neuwählte Abg. Friedrich Kaufmann auf. Er ist ein Zwillingbruder des Abg. Konrad Kaufmann und gleicht ihm wie ein Ei dem anderen. Er wurde schon häufig mit seinem Bruder verwechselt und es gab die ergötzlichsten Duiproquos. Die neuen Männer in der freisinnigen Volkspartei waren dadurch kennlich, daß sie im Grad erschriener waren. Sie hatten sich als künftige Männer die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollen, der Einsetzung des Reichstages im Schloß beiunwohnen. Dr. Wiener hat unter ihnen noch den markantesten Kopf, ein alter Graubart ist der Abg. Hül, der den Abg. Berg aus dem Reichstag verdrängt hat. Aus der Mitte der freisinnigen Vereinigung sah man die Abgg. Böhmel und Schrader aufsteigen, sie sind früher schon Reichstagsmitglieder gewesen, ebenso wie in der rationalliberalen Partei die Abgeordneten Dr. Sattler, Büding und Dr. von Hüner, von denen die ersten beiden den linken Flügel, der letzte den rechten Flügel der Partei verkörpern werden. Vom Zentrum sah man den Grafen Falkstrom, auf der Rechten die Bündler Hilde und Deitel, sowie den Herrn von Wargenheim. Altmairt und Pödel haben wieder auf der Rechten, wo sie auch sitzen, Platz gefunden.

Die Sitzung wurde von dem zweitältesten Abgeordneten Herrn Lingen in Vertretung des um acht Jahre älteren Abg. Dieben eröffnet. Es war wohl das erste Mal, daß Herr Lingen in öffentlicher Reichstagsitzung nicht über Sonntagstrahe gesprochen hat. Nur der Kameradschaft wurde kein Vollzagen. Morgen wird das Präsidium gewählt werden. Die Namen der Präsidenten werden voraussichtlich von Genting, von Frege und Saffermann lauten. Persönliche Einwirkungen sind von uns nur gegen den konservativen von Frege zu erheben, der durch seine „Grünen Jungensrede“ gezeigt hat, welche Geistes Kind er ist. Der Kameradschaft besagen übrigens mit dem Namen unserer Parteigenossen Hyster — das mag eine gute Vorbedeutung sein.

**26,576 Soldaten mehr!**

Die Militärvorlage ist gleichzeitig mit dem Reichstagsbeschluss dem Reichstag zugegangen. Die Heeresverfassung, welche in den Jahren 1899 bis 1902 erreicht werden soll, beträgt 861 Offiziere, 84 Militärärzte, 190 Beamte, 3299 Unteroffiziere, 25,277 Gemeine und 7202 Dienstposten. Die Zahl der Unteroffiziere und Gemeinen wird dadurch um 26,576 erhöht und beträgt darnach künftig fast bisher 557,093 583,669 Mann als Jahres-Durchschnittszahl. Bekanntlich wird seit 1893 die Zahl der Gemeinen und Gemeinen, nicht auch der Unteroffiziere gesetzlich festgelegt. Die Festlegung der Zahl von 502,506 Gemeinen geschieht in der Weise, daß die Erhöhung vom 1. Oktober 1899 an allmählich bewirkt werden soll, daß im Laufe des Dreijahresjahres 1902 die vorgeschriebene Zahl erreicht wird und in dieser Höhe bis zum 31. März 1904 bestehen bleibt. Bis zum 1. Oktober 1899 wird also das gegenwärtige Gesetz über die Friedenspräsenzstärke verlängert.

An Reformen werden beabsichtigt, abgesehen von neuen Einheiten, darunter 3 Generalstabkommandos und 5 Divisionsstabe; 1 Infanteriebataillon, 10 Eskadronen Kavallerie, 80 Batterien Feldartillerie, 1 Bataillon Fußartillerie, 1 Bataillon und 2 Kompanien Pioniere, 3 Kompanien Eisenbahnpolizei, 1 Kompanie Sanitätskorps, 3 Bataillone 2. Grades, 3 Kompanien neue Telegraphentruppen und 5 Trainkompanien. In diesen Reformen kommen Erhöhungen hauptsächlich der Infanteriebataillone, welche teils von 501 auf 573, teils von 573 auf 633 auf 669 Köpfe erhöht werden. Ferner sollen achtundzwanzig Bataillone der Kavallerieregimenter von 681 auf 696 auf 701 Köpfe.

Die Reichsfinanzen dieser Dreijahresperiode belaufen sich auf jährlich 27,288,000 Mark fortwährende Ausgaben, wovon für 1899 6,991,000 Mark gespart werden, während der Rest der Erhöhungen sich auf die Jahre 1900 bis 1903 verteilen. Die einmaligen Ausgaben sind geschätzt auf 122,778,000 Mark, wovon für 1899 43,805,000 Mark erspartlich sind.

Ermitteilungen über die zweijährige Dienstzeit werden jetzt in Schlesien begonnen. Der österreichische Regimentskommandant der Infanterie des 12. Armeekorps ist ein eingehendes Bericht über die Erfahrungen bezüglich der Einführung der Dienstzeit während der zweijährigen Dienstzeit eingereicht worden. Es soll auf Grund dieser Berichte eine Entscheidung ausgesprochen werden. In den reichsdeutschen militärischen Kreisen ist man der zweijährigen Dienstzeit nicht sehr günstig gesonnen. Die Dienstzeit wird voraussichtlich dazu dienen sollen, die bei den Reichswehrangehörigen bestehenden bei Kriegsausbruch zu machen.

Zur Festung der Reichsfinanzen des Kaisers mit der Kaiserin nach Palästina soll nach der „Frankf. Ztg.“ der Reichstag eine besondere Vorlage machen. — Das Kaiserliche Reichsamt sieht sich also einer Entscheidung, die Kosten aus der Jahresrechnung der Reichsfinanzen an der Kaiserin-Kasse zu decken von 15,719,296 Mk. zu bedürfen.

**Zur Fleischnot.**

Zu den Stätten, in denen sich eine Abnahme des Fleischkonsums bemerkbar gemacht hat, tritt jetzt auch die Stadt Aachen. Nach den Feststellungen der dortigen Handelskammer ist die Fleischversorgung der dortigen Bevölkerung in einem Jahre von 6,025,200 Kilogramm auf 5,886,000 Kilogramm zurückgegangen; das bedeutet einen Rückgang von mehr als 1 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Die Handelskammer beschloß, eine Anfrage des Regierungspräsidenten dahin zu beantworten, daß das allgemeine Interesse der Bevölkerung eine Freigabe der holländischen Grenze für den Viehhandel erfordere. — Nicht unerwähnt darf dabei aber bleiben, daß in Aachen nicht bloß die Grenzsperrre sondern auch die ungeliebte Schlachtsteuer dazu beiträgt, das Fleisch zu verteuern. Die Stadtverwaltung weigert sich trotzdem, sie aufzuheben. Einem diesbezüglichen Antrage der dortigen Schlächterinnung gegenüber hat sie sich ablehnend verhalten.

Gründe gegen die Vieheinfuhr werden von der „Deutschen Tagesztg.“, dem Organ des Bundes der Landwirthe, gesucht. Das Organ des Bundes der Landwirthe schreibt: „Die Maul- und Klauenseuche ist in der letzten Zeit auf fast allen großen Vieh- und Schlachthöfen ausgebrochen, die ausländisches Vieh importieren dürfen. So in Dresden, München, Düsseldorf, Köln, Dortmund und so weiter. Es ist wichtig, daß die Ursachen des Ausbruchs und die Quellen der Einschleppung behördlich nicht nur festgestellt, sondern auch sofort öffentlich bekannt gegeben werden.“ „Wir sind“, so schreibt darauf die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ deutlich und kräftig: „mit dieser Forderung herzlich einverstanden; die „D. Z.“ aber wird es bereuen, sie gestellt zu haben. Denn die Feststellung wird lehren, daß die Richtigkeit und Unachtsamkeit unserer inländischen Landwirthe die nie versiegende Quelle dieser Seuchen ist. Die „D. Z.“ hätte selber so klug sein können, zu entdecken, wo der Herd der Seuchen liegt; denn die Seuchenfälle, die sich in der jüngsten Zeit gezeigt haben, betreffen zum Teil solche Vieh- und Schlachthöfe, in die überhaupt kein ausländisches Schlachtvieh eingeführt wird.“

Zugleich ist die Vermuthung der zitierten Fachzeitung von den Direktoren der in Betracht kommenden Vieh- und Schlachthöfen auf Posten bestätigt worden. Die Maul- und Klauenseuche in Dresden ist danach auf Oldenburger Vieh zurückzuführen, das in München nur auf bayerisches Vieh, die in Düsseldorf an Vieh aus einer nahe bei Düsseldorf gelegenen Dürkhan, die in Dortmund auf inländisches Vieh, dessen Herkunftsort nicht näher angegeben wird; die Seuchenfälle in Köln rühren von Dänen aus der Eifel und der Magdeburger Gegend und von einer Kuh aus Braunweiler bei Köln her. Die „Deutsche Tageszeitung“, die sich durch einen großen Mund auszeichnet, hat wieder einmal ihre grobe Unkenntnis der Verhältnisse bekundet, und sich abermals lächlig blamiert.

**Militärisches.**

Ueber militärische Aufstellungen von Soldaten wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Am Sonntag Abend hatten sich eine Anzahl Soldaten in der Kaserne in Remscheid (Sachsen) zum Lager in der „Friedrichsstraße“ eingeschrieben. Ein Soldat wurde vom Kommandanten zur Ordnung verwiesen, er sagte sich aber nicht. Und als darauf der Kommandant des Regiments sich ins Mittel legte, um die Soldaten gegen den inneren Feind zur Ruhe zu ermahnen, schrien sich die Soldaten zusammen und machten von ihrer blanken Waffe Gebrauch. Die Kommandanten der Regimenter hielten alles nieder, was ihnen in den Weg kam. Kommandanten, Offiziere u. s. w. wurden benachteiligt. Frauen und Kinder wurden durch Schüsse aus Gewehren und Mörsern vor dem nahenden Feind zu retten. Mit gewaltigen Schreien und unheimlichen Jauchzen stürmten die Soldaten dem Feind entgegen, auf der Straße der Gefährdung vor sich. Die ganze Anzahl Personen wurden verwundet. Ueberall sah man Verwundete. Verwundete, welche nicht überlebt haben, wurden in die Erde geschleudert. Die Soldaten alles über den Feind, was sie in den Weg kamen, war die Parole der Soldaten. Einige Kommandanten dachten, daß ihnen bei der Kampfeslust genügt werden sei, sie sollten zeigen, daß sie Soldaten seien, und mit dem Tod kämpfen wollten. Wir halten es für unglücklich, daß eine demartige Parole wirklich erfolgt ist.

**Material zum Zuchtengesetz.** Der Kommission zur Untersuchung der Arbeitsverhältnisse im Gewerbe- und Handwerksbetriebe hat der Reichstag das Material in Köln als Delegierten des Reichstages übergeben. Sofort nach seiner Rückkehr aus Berlin wurde das Material gesichtet, und als Grund wurde, wie der „Vorwärts“ berichtet, seine Ausfertigung vor der genannten Kommission angeordnet.

**Ridward und Iris Cade.** Das glänzende Geschäft der Sanjourer Union hat die Verlage in ähnlichen Thesen aufgeregt. Die Journalisten werden angezogen und es hebt eine nicht ohne gewisse Rücksicht zu den Verlagehäusern an. So sollen jetzt in den Verlagen und Einrichtungen Ridward & Co. verschiedene Seiten Ergänzungen vorbereitet werden. Unter anderem soll der bekannte Roman „Schicksal der Sanjourer Union“ von dem bekannten Romanisten Ridward & Co. herausgegeben werden. Dieser Roman wäre ein solches Kunstwerk der geistigen Kunst, und „über aus dem politischen Journalismus“ wären wieder Stoff zu einem beliebigen Romanwerk.

Die „Sanjourer Nachrichten“ enthalten eine Korrespondenz aus Sanjour, welche berichtet, daß pro Kopf „nur“ 100,000 R. im Monat sein, jedoch alle politischen Ereignisse aus Überlieferungen und späteren Erfahrungen vollständig dem Verlage vorzulegen werden.

**Von der Reichspräsidenten.** Die Konstitution der Reichspräsidenten in Berlin hat, wie man in parlamentarischen Kreisen erzählt, damit begonnen, daß zunächst der eine der beiden Reichspräsidenten-Vertritte für den Kaiser, Herr Schlicht, außer Acht gelassen geht, während die — aus Erpressungsgründen. König soll einer der Beamten für den Kaiser über Reichstags- und Reichspräsidenten-Vertritte zusammen machen und der Reichspräsident der „Reichspräsidenten“ soll ganz wegfallen.

**Zur Erörterung über sozialpolitische Fragen.** hat am Freitag im Reichstagsgebäude eine Debatte zwischen Reichspräsidenten der Reichspräsidenten und Reichspräsidenten ausgearbeitet. Nach dem „Vorwärts“ handelt es sich um die Erörterung der Arbeiter in Thronbestimmungen, deren Schicksal in Folge der Reichspräsidenten.

Entwicklung des feinen Schlackenstaubes besondere Schutzschriften auf Grund des § 120e und 139a der Gewerbeordnung geboten erschienen lasse.

**Aus Elsas-Lothringen.** Ueber Hausdurchsuchungen in Elsas-Lothringischen Sozialdemokraten wird der „Vorwärts“ berichtet: Die Rechtsprechung der Arbeiterschaft im Verwaltungsbereich des in den letzten Tagen diegenannten Bezirkspräsidenten von Oberelsaß, Prinz Alexander v. Hohenzollern, dauern ungeschwächt fort. Nachdem vor etwa drei Wochen die Zusammenkünfte des Clubs „Vorwärts“ in Gebweiler aufgelöst worden waren und kürzlich dem neu gegründeten Arbeiterwahlverein in Colmar die politische Genehmigung verweigert wurde, überraschte man in einigen Tagen eine Anzahl unserer Parteigenossen in Gebweiler Hausdurchsuchungen, auf welche dann eine Massenvernehmung aller bekannteren Anhänger der Sozialdemokratie am Orte folgte. In der Ansicht unseres reichsdeutschen Partei-Organs entbehren die politischen Maßregeln jeder gelegentlichen Begründung und halten nur den Zweck, der Behörde Gelegenheit zur Ausfindung irgendwelcher unstattdelictischen Materials zu geben, auf Grund dessen dann eine große staatsrechtliche Aktion gegen unsere Partei einleiten können. Bei den Hausdurchsuchungen, die lebhaft an die des Sozialistengesetzes erinnern, wurden eine Anzahl Schriftstücke, Korrespondenzen, sowie das Protokoll und Kassenduch des Clubs „Vorwärts“ beschlagnahmt. Der Vorsitzende des letzteren hat zu einiger Zeit eine energische Beschwerde gegen die erfolgte Aufhebung der Vereinigungen an das Reichspräsidenten gerichtet, ist aber heute ohne Antwort geblieben. Der Club ist deshalb genötigt, die oben erwähnten Maßregeln vorläufig als eine solche zu betrachten.

**Ausland.**

**Zur Dreyfus-Affaire.**

Der „Observer“ bringt weitere Dreyfus-Entwicklungen, in denen nach der „Frankfurter Zeitung“ einleitend ausgeführt wird, der Feldzug gegen Picquart werde deshalb fortgesetzt, weil der Kassationshof im Besitz von Geheimnissen sei, welche die Ehre von zehn der einflussreichsten Generalen kompromittierten. Picquart müsse deshalb zum Schweigen gebracht werden und Esterhazy habe man mit dem Nötigen versehen, damit er den Rest seines Lebens in einem fernem Lande verbringen könne. Der mit sei das Geheimnis aber noch nicht begraben, noch andere wüßten davon, zum Beispiel Dupuy und Freycinet.

Der mit dixi unterzeichnete Artikel selbst beginnt mit dem „geheimen Dossier“, dessen Inhalt etwa fünfzig hohe Offizieren und Ministern bekannt sei. Dieser Inhalt besteht erstens aus dem gefälschten Beweise, daß Dreyfus immer als Verräther thätig gewesen sei, zweitens aus Photographien von Briefen des deutschen Kaisers, drittens einem gefälschten Konzentrationplan des fünfzehnten und sechzehnten deutschen Armeekorps, den der Generalstab um einen theuren Preis kaufte viertens Kopien von angeblichen verrätherischen Mittheilungen die Dreyfus an fremde Mächte gemacht haben soll, fünftens Notizen über Geldsummen, die für diese Dokumente bezahlt seien. Der Artikel theilt ferner mit, daß es Nachrichtenbureau 40,000 Fr. monatlich an geheimen Fonds zur Verfügung hätte, daß mit den Zuschüssen des Ministeriums der Aeußeren und des Innern diese Summe sich biswellen auf 100,000 Fr. monatlich beliefe.

Sechs Millionen sind in weniger als zehn Jahren ausgegeben, wer hat sie erhalten? Oberst Picquart wurde sich geweigert, weiterhin für wertlose Papierstücke große Summen zu zahlen. Es sei nicht die Dreyfus-Angelegenheit, die dem Generalstab daran hindert, den „geheimen Dossier“ auszuhandeln, es ist die Furcht, daß öffentlich bekannt werde, welcher Gebrauch mit dem Gelde gemacht wurde, das das Nachrichtenbureau zur Verfügung hatte. Picquart könnte sagen, welchem General er 8000 Francs monatlich ansbezahle. Der ganze Artikel läuft auf eine Anschuldigung Boisdespre's hinaus.

**Die Anarchistenkonferenz**

soll sich gegen die gegenseitige Verpflichtung zur Auslieferung ausländischer Anarchisten ausgesprochen haben. Dagegen wurden, wie mitgetheilt wird, scharfe Maßregeln gegen die anarchistische Presse angenommen.

Die offiziöse „Agenzia Stefani“ veröffentlicht dagegen folgende Note: „Die Blätter und die Korrespondenten der Blätter verbreiten über die Arbeiten der Konferenz zur Abwehr des Anarchismus die verschiedensten Nachrichten. Da die Konferenz absolutes Stillschweigen beschlossen hat und bewahrt, sind alle diese Nachrichten willkürliche Annahmen, die jeder Begründung entbehren.“ Die Beschlüsse der Konferenz scheinen das Licht der Deffentlichkeit.

**Spanien und Amerika.**

Zwei Verträge zwischen Spanien und Amerika werden abgeschlossen werden, um die Friedensverhandlungen zu vorbereiten. Der eine Vertrag soll sich auf Kuba, Spanisch Westindien, die Labroneninsel Guam, die Philippinen und die Freilassung der Gefangenen beziehen. Die übrigen Angelegenheiten dürften wahrscheinlich den Gegenstand eines besonderen zweiten Vertrages bilden. Hierdurch meint man den Abschluß des Friedens zu beschleunigen. Inzwischen haben die spanischen Amerikaner den frommen Spaniern eine Aufmerksamkeit erwiesen, die sehr stimmungsvooll wirkt und — nichts kostet. In Amerika ist der Kontrahent eröffnet worden, wie dort üblich, mit einem Gebet. In diesem Gebet rief der amtierende Geschäft des Himmels Segen auch herab auf die Königin Regentia und den jungen König von Spanien und sein hart betroffenes Volk.

Es ist doch sehr hübsch von den guten Parkeeseelen; sie nehmen Spanien Land weg und sagen: Gott bezahlt's!

**Von Ostasien.**

Die Lage in Peking wird in diplomatischen Kreisen als äußerst kritisch bezeichnet, so daß eine gemischte Okkupation Peking durch die Truppen der Großmächte unvermeidlich geworden sei.

**Deutscher Reichstag.**

Eröffnungssitzung, Dienstag, 6. Dec. 1898, Nachmittags 2 Uhr. Abg. Lingen (Zentrum) eröffnet die Sitzung mit der Rede, daß es die Aufgabe des Reichstages, der Abg. Diebe...



